

alsdann nominierte seiner Partei gegen die Redo Stuhns. Damit schloß die Erörterung. Die Entschließung, die sich besonders gegen den Reichswehrminister richtet, wurde angenommen.

Zum Etat des Reichswehrministers bat die Volkspartei wieder ihren im Ausdruck mit schwacher Mehrheit abgelehnten Antrag eingebracht, der die Zustellung eines Auskusses zur Prüfung der Reichswehranfrage und der Reichswehr-Beschlagnahme fordert.

Abg. Dr. Flegel (Ltr.) erklärte die Übertragung der Eisenbahnen auf das Reich als nicht nötig.

Abg. M. L. (Ltr.) und Abg. Dr. Müller-Meiningen (Bp.), verlangten Einsetzung einer Kommission von Kaufleuten zur Prüfung der Reichsbahn-Beschlagnahme.

Präsident des Reichswehrministeriums Wackerbarth: Die Vereinbarung unserer Eisenbahnen könnte nur durchgeführt werden, wenn sämtliche Bundesregierungen ihr zustimmen. Das sei aber zurzeit keineswegs der Fall.

Abg. Haag (El.) stimmte dem volksparteilichen Antrag zu. Neben diesen wird natürlich abgestimmt werden, aber erst in der nächsten Sitzung. Zum Etat des Reichswehrministers wurde der Antrag des Prinzen v. Schönburg-Carolath, der von Mitgliedern aller Parteien unterstützt ist, angenommen, den Veteranen bald zunächst eine einmalige außerordentliche Zuwendung aus Reichsmitteln zu gewähren. Wegen 1 Uhr Auftrag, Stenogramm. Schluß gegen 7 Uhr.

## Der Weltkrieg

### Der deutsche Abendbericht

Berlin, 26. März abends. (Amtlich 26. 3. B.)  
Vorpostenposte bei Vercoult, nordöstlich von Paris, und bei Soisiel, östlich vor Verona. Sonst im Westen bei schlechtem Wetter nichts Besonderes.

An der ungarisch-ungarischen Front hat die Kampftätigkeit wiederholt vor Monat wieder wachsen.

### Österreichisch-ungarischer Kriegsbericht

Wien, (B. I. B.) Amtlich wird verlautbart den 4. März 1917.

### Östlicher Kriegsschauplatz

Nördlich des Olobimo-Tales weiter ein raffiner Angriff; sonst nichts von Belang.

### Italienischer und Südostlicher Kriegsschauplatz.

Meine bedeutenden Ereignisse.  
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, B. Nörr, Feldmarschall-Lieutenant,

### Vom westlichen Kriegsschauplatz

Der Generalgouverneur von Belgien verordnete heute folgendes: In Belgien werden zwei Verwaltungsgebiete gebildet, von denen das eine die Provinzen Antwerpen, Limburg, Südländern, Westlandern sowie die Kreise Brüssel und Löwen; das andere die Provinzen Hennegau, Lüttich, Luxemburg und Namur sowie den Kreis Nivelles umfaßt. Die Verwaltung des erstmals genannten Gebietes wird von Brüssel aus, diejenige des letzteren von Namen aus getragen. Alle weiteren Anordnungen zur Ausführung dieser Verordnung, insbesondere hinsichtlich der Organisation der Verwaltung beider Gebiete und hinsichtlich des Heberungs der Bevölkerung, werden vorbehalten.

Der Korrespondent des "Daily Telegraph" meldet in seinem Blatte aus Frankreich, daß die militärische Wiederaufstellung des von den Deutschen geräumten französischen Terrains den Alliierten mindestens 2 Milliarden £ billige Kosten aufwerfen.

Prinz Friedrich Karl von Preußen befindet sich in englischer Gefangenschaft. Der König von Spanien hat aus Paris ein diesbezügliches Telegramm erhalten, worin mitgeteilt wird, daß der Prinz einen Vorschlag erhalten habe, der möglicherweise eine gefährliche Operation unterziehen.

### Vom Seekrieg

Die englische Regierung weigert sich, die niederländischen Schiffe in Zukunft in Polaia zu untersuchen. Sie wollen weder einen Hafen in England anlaufen. Es sind infolgedessen einige Schiffe entflohen, die ins Kapitänat waren, nach Amerika aufzufahren, in Rotterdam geblieben.

### Deutsches Reich

Graf Czernin, der österreichisch-ungarische Minister des Äußeren befindet sich augenblicklich in Berlin. Er hatte gestern nachmittag eine längere Besprechung mit dem Minister und war abends von diesem zur Tafel geladen.

Graf Hoensbroch, der bekannte Kämpfer gegen den Kulturorden, hat sich mit einer Eingabe an den Bundesrat gewandt, wonach er in scharfen Worten vor einer gänzlichen Aufhebung des Feuerzeuges warnt. Hoensbroch wird ausschließlich von allen maßgebenden Stellen richtig enttarnt.

In der Sitzung der Zweiten hessischen Kammer vom 26. März gelangte bei der weiteren Beratung des Etats des Ministeriums des Innern die Frage der Befestigung der Ausnahmegesetze gegen die katholischen Orden zu einer überraschende Erörterung und nahmen die Erörterungen eine überraschende günstige Wendung. Minister des Innern v. Domberg erklärte zu Beginn der Verhandlungen, daß die von ihm im Auftrag der Regierung kurzlich abgegebene Erklärung mißverstanden worden sei. Die Regierung wolle das eindrückende "etwa", das im Zusammenhang mit einer Revision der Ordensgesetzgebung gebrückt habe, fallen lassen und werde sie sich

der Verpflichtung nicht entziehen, dem Landtag eine Vorlage zu unterbreiten, um eine Befestigung der Ausnahmegesetze gegen die Orden herbeizuführen.

Nach dieser Erklärung wußt. Abg. v. Brentano (Btr.), der die Entrüstung des Abgeordneten Schmitt bei der vorigen Regierungserklärung geteilt hat. Die jetzige Erklärung der Regierung bedeutet eine veränderte Sitzungnahme. Die katholische Bevölkerung Hessens habe hinter den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Schmitt gestanden und verlangt mit allem Nachdruck die endliche Befestigung des unerträglichen Ausnahmegesetzes. Die Zentrumstraktion wolle nicht nur der Regierung Vorwürfe im Landtag leisten, sondern verlangt auch eine gerechte und paritätische Behandlung des katholischen Volksstaates. Der Redner ist der Ansicht, daß man nicht länger dulden könne, daß in Hessen die Befreiung hinter der der anderen Bundesstaaten zurückbleibe.

Abg. Dr. Schan (Rott.) ist der Ansicht, daß die neuwähnte Regierungserklärung falsch verstanden worden sei. Er stimmt der jetzigen Erklärung der Regierung zu. Auch der sozialdemokratische Abgeordnete Adelung und der freikirchige Abgeordnete Grünwald erklären sich als Segner jeder Ausnahmegesetzegebung, auch der gegen die katholischen Orden. Der freikirchige Abgeordnete Korniloff-Angelheim, der bei der Revision der Ordensgesetzgebung im Jahre 1911 wichtige Bestimmungen der damaligen Regierungsvorlage befürwortet hat, ist heute angeknüpft der Erfahrungen des Weltkrieges für eine Befestigung der Ausnahmegesetze.

Zum Schluß stellte Abg. Dr. Schmitt (Btr.) fest, daß wenn die Regierung im Jahre 1916, als sie eine entgegengesetzte Haltung gegenüber der Sozialdemokratie bei der Befestigung sozialdemokratischer Bürgermeister und Gemeindemeister anstünde, die gleiche Erklärung wie heute gegenüber den katholischen Orden abgeben hätte, für die erregten Debatten kein Boden vorhanden gewesen wäre. Der Minister hätte bei der nächsten Beratung an der Sitzung der Anteitung seiner Fraktionen die Wahllosen Einführung müssen können, die jene Regierungserklärung verborgerten habe. Er hoffe, daß auf Grund der heutigen Erklärung alsbald eine Befestigung der verlorenen Stützpunktwaffen herbeigeführt werde, wodurch die Regierung durch den Verlauf der heutigen Debatte veranlaßt werde. Allerdings sei die Voraussetzung hierfür, daß man sich in den Freiheiten der Regierung von allen Stützpunktwaffenanlagen freimache.

Damit idem die Debatte über die Ordensgesetzgebung und das Haus trat endlich in die Beratung der Fragen der Volksversorgung ein.

### Aus dem Ausland

#### Österreich-Ungarn

Die Kartoffelernte für die Wiener Bevölkerung beginnt heute. Die Nation soll von Woche zu Woche fortgesetzt und allmählich erhöht werden.

#### Aufland

England verleiht ebenfalls Autonomie, nachdem ein solches Verlangen von Finnland ausgegangen ist.

Mitjukow hat als Ziel ausgeschrieben die Annexion der Türkei und die Loslösung der slawischen Völker von Österreich.

Alle russischen Armeeführer und Armeegruppenführer tollen sich für die neue Regierung ausgesprochen haben. Diese war entschlossen, die sich widerrichtenden Armeen einfach anzubringen.

Eine neue Fahne hat sich die Regierung zugelegt. Sie ist rot-blau-weiß statt weiß-blau-rot, also werden die Fahne einfach umgedreht.

Arbeiter- und Soldatenausschüsse fahren fort, die Handlungen der Regierung zu behindern. Sie verbreiten Aufsätze in bestigem Tone und alle Vorstellungen der Regierung nutzen nichts.

England wünscht Tschanow zum Ministerpräsidenten. Ein Betriebsmonopol will die Regierung einführen. Die Vorarbeiten dazu haben bereits begonnen.

Eine große Schar von Ausländern haben jetzt Aufland verlassen und sind in Schweden eingetroffen, weil sie auf dem Standpunkt stehen, die jetzigen Ereignisse seien nur der Anfang neuer Katastrophen. Es steht fest, daß bei den Peterburger Untertanen 8 Engländer und 1 Dame erjohrschen worden sind. Die Sozialrevolutionäre suchen die Bevölkerung gegen die Engländer aufzuheben, wofür sich guter Boden sondert. Die Zahl der Getöteten wird auf mindestens 20 000 geschätzt, die amtlichen Angaben von 2000 als ganz unzutreffend bezeichnet.

Die Reichsduma erließ einen Aufruf an das ganze Volk, besonders die Landbevölkerung, worin es heißt: "Die Hauptstädte beginnen zu hungern. Die Vororte, die die provisorische Regierung genau überzieht und verteilt, reichen nur wenige Tage. Die Armee ist ebenfalls dem Hunger ausgesetzt. Bürger, Bauern! Eure heilige Pflicht ist, die zu versorgen, die euch von dem verbotenen Koch befreiten, damit sie nicht der Hunger wiederum in die Arme der Unterdrücker jagt."

Die neue Regierung mußte sich entschließen, die militärischen Proviantmagazine in Petersburg zur Versorgung der Bevölkerung zu öffnen, um drohenden Hungerrövelten vorzubeugen. Die Versorgung von Petersburg droht in höchstem Maße kritisch zu werden.

Großfürst Michael wurde in seinem Amt als Generalinspekteur der Artillerie belassen. Die Großfürsten Sergei und Boris sind ihrer militärischen Ämter enthoben worden.

Die Bataillonsausschüsse erklärten unter Teilnahme der Arbeiter die sofortige Durchführung des Rechtes der Soldaten, ihre Offiziere selbst zu wählen.

Der russische Außenminister Miljukow hat nach Telegramm aus Saratow an den Präsidenten Wilson ein Telegramm gerichtet, in dem der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß die Vereinigten Staaten sich der Entente anschließen und bald den Kampf gegen den gemeinsamen Feind aufnehmen werden.

Nach Meldungen aus Russland hat General Ewerth bei der provvisorischen Regierung seine Entlassung eingereicht. Von Ewerths Nachfolger, General Pestschinsk, erwartet man einen entscheidenden Einfluß auf das Offizierskorps der ehemaligen Ewerthschen Armeegruppe.

General Pestschinsk, der sich bei den Kämpfen in Südgallizien im vorigen Jahre und in den Waldkarpathen im letzten Winter ausgezeichnet hat, wurde einer Nachricht aus Petersburg zufolge zum Führer einer Heeresgruppe an der russischen Westfront ernannt.

Nach kurzer Beratung zwischen dem Kriegsminister und dem General Korniloff ist beschlossen worden, daß die vierzig Versammlungen des Ausschusses der Arbeiters- und Soldatenabgeordneten besuchen und den Abgeordneten klar machen soll, daß sie zwischen Fortsetzung des Krieges und Unterwerfung unter Deutschland zu wählen hätten, und daß ein Krieg unmöglich sei, wenn sie mit ihrer jetzigen Agitation unter den Soldaten fortfahren, und das Volk auffordern würden, nicht auf die Kriegsanleihe zu ziehen.

#### Türkei

Der türkische Flottenverein wird demnächst eine Kriegsanleihe herausbringen, deren Ertrag zum Bau eines Marinearsenals bestimmt ist. Der Kämmerdienst von jährlich 30 000 Pfund soll durch die türkische Regierung gewährleistet werden.

Der frühere türkische Gesandte in Athen Ghali Bey ist zum Geschäftsträger der Botschaft in Teheran ernannt worden.

#### Amerika

Ein amerikanischer Bluff. Noch Deputaten aus Washington haben Wilson und seine Minister in der letzten Kabinettssitzung die Entscheidung einer amerikanischen Armee nach Europa beschlossen. Die Militärbehörden beginnen die Anhebung von 500 000 Freiwilligen und ordnen die Vermehrung aller Flottenstreitkräfte an. Sie lassen eine Gesamtarmee von drei Millionen Mann ins Auge.

Die "Süd. Sta." bemerkt dazu: Die obige Meldung widerspricht dem, was bisher über die Absicht der amerikanischen Regierung verlautete. Sie ist jedenfalls mit Vorsicht aufzunehmen. Selbst wenn sie sich bestätigt, stellt sie uns gegenüber nur einen echt amerikanischen Bluff dar. Noch im letzten Sommer habe die flieglich verlaufene amerikanische Mobilisierung gegen Mexiko gezeigt, wie wenig das heutige Amerika in der Lage ist, eine schlagfertige Truppenmacht von nennenswerter Stärke aufzubringen.

Der Präsident unterzeichnete eine Order, wonach das Personal der Flotte um 87 000 Mann erhöht wurde.

Wie die "Times" aus Chicago melden, teilt der "Chicago Herald" mit, daß alle leitenden Beamten Chicagos für einen weitgehenden Plan zur finanziellen Unterstützung der Alliierten eintreten. Eine der stärksten Waffen in den Händen Amerikas sei der Kredit. Die amerikanische Regierung solle höchstens 3-3½ Prozent für eine Anleihe von einer Million Dollars nehmen.

Außer den gestern aufgerufenen Truppen sind noch weitere Regimenter und 5 Bataillone der Nationalgarde zum Bundesdienst einberufen worden, um für den Fall innerer Wirren das Eigentum zu schützen. Diese Truppen sind aus 18 Staaten des Westens und des mittleren Westens herangezogen worden.

### Aus Stadt und Land

#### Dresden, den 27. März 1917

\* Der Verband deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine wird seine diesjährige Tagung Ende Juni in Dresden abhalten. Gleichzeitig findet auch die Hauptversammlung der Pensionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller in Dresden statt. Die Vorbereitung der Tagung ist dem Ortsverband Dresden der Pensionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller übertragen worden.

\* Ihr 50jähriges Bürgerjubiläum beginnen in den letzten Tagen der Steuernehmer a. D. Karl Friedrich August Heinemann und der vormalige Inhaber eines Wäschereigeschäfts Rudolf Camillo Bachau, der gegenwärtig im Bürgerhospital untergebracht worden ist. Den beiden Jubilaren wurden Glückwunschkarten der Stadt Dresden übermittelt. Außerdem überreichte der Verwalter des Bürgerhospitals, Herr Stadtrat Dr. med. Kunze, Herrn Bachau ein Ehrengeschenk der Stadt Dresden.

\* Die nächste Auszahlung der Kriegsunterstützung durch den Rat zu Dresden (Kriegsunterstützungsamt) erfolgt in den Zahlstellen des Kriegsunterstützungsamts am 31. März und 2. April in den Stundensachen von 1/2 bis 1/2 Uhr.

\* Einschränkung der Versendung von Österreich und Pfingstkarten. Die durch Erlassen vom 6. Dezember 1916 angeordnete Einschränkung der Versendung von Neujahrsglückwünschen findet auf den Verband von Österreich und Pfingstkarten zwischen der Heimat und den Angehörigen des Heeres flingemäß Anwendung.

\* Die landwirtschaftlichen Schulen Sachsen werden, einem Wunsche der landwirtschaftlichen Kreise entsprechend, auf Anordnung des sächsischen Ministeriums des Innern während des Sommerhalbjahres geschlossen.

\* Haltlose Gerüchte. Es sind in der Stadt die tollsten Gerüchte von Podenkrankungen verbreitet. Demgegenüber sei hierdurch festgestellt, daß an den markierenden Stellen von Podenkrankungen beim Militär oder der Zivilbevölkerung nichts bekannt ist.